



HESSISCHER LANDTAG

22. 08. 2018

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend hessische CDU behindert erneut Bau bezahlbarer Mietwohnungen: Demonstration am Labyrinth ist Wirklichkeitsverweigerung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert, dass die hessische CDU Demonstrationen gegen bezahlbare Wohnungen organisiert. 14 CDU-Verbände hatten zum 19. August zu einem Sternmarsch gegen Planungen der Stadt Frankfurt für einen neuen Stadtteil im Norden der Stadt aufgerufen. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass dies unter anderem auf Kritik der IHK gestoßen ist. Mit dem neuen Stadtteil plant die Stadt Frankfurt, dem Mangel an bezahlbaren Wohnungen zu begegnen.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich die Zahl preisgebundener Wohnungen in den letzten 19 Jahren mehr als halbiert hat. Für das innere Rhein-Main-Gebiet ist bis 2030 mit einem Bevölkerungswachstum von ca. 130.000 Menschen zu rechnen. Durch den Wohnungsmangel, den Verlust von Preisbindungen und das starke Wachstum steigen Mieten und Kaufpreise. Der Verdrängungswettbewerb verschärft sich in dramatischer Weise zulasten der Bürgerinnen und Bürger.
3. Der Landtag ist der Auffassung, dass das Wachstum der Region sozialverträglich gestaltet werden muss. Es müssen bezahlbare Wohnungen geschaffen werden, damit Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen nicht aus dem inneren Rhein-Main-Gebiet verdrängt werden. Die Zahl erforderlicher Wohnungen kann nicht allein durch Verdichtung geschaffen werden. Der Landtag unterstützt daher die vorbereitenden Untersuchungen für die Planungen der Stadt Frankfurt, einen neuen Stadtteil zu errichten.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung sowie alle demokratischen Parteien auf, zu einer faktenbasierten Auseinandersetzung mit den Planungen der Stadt Frankfurt zurückzukommen. Der Landtag begrüßt, dass die Stadt Frankfurt Voruntersuchungen und städtebauliche Prüfungen vornimmt und dabei großen Wert auf Wohnqualität, Stadtentwicklung, Begrünung und Naherholung und Frischluftversorgung legt. Alle demokratischen Parteien tragen die Verantwortung, gemeinwohlorientierte Lösungen für eine gute Zukunft zu suchen, statt zu verhindern.

Wiesbaden, 22. August 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel